



# 2010/30 Interview

<https://jungle.world/artikel/2010/30/diesem-kampf-gibt-es-keinen-platz-fuer-rassismus>

**Judith Butler im Gespräch über Rassismus, Homophobie und Antisemitismus**

## **»In diesem Kampf gibt es keinen Platz für Rassismus«**

Von **katharina hamann**

**Judith Butler hat mit ihren Theorien zu Sex und Gender den Poststrukturalismus erweitert und den Feminismus revolutioniert. In der letzten Zeit hat sie sich verstärkt der Antikriegsbewegung zugewandt. In ihrem aktuellen Buch »Raster des Krieges« widmete sie sich der Frage nach der Bewertung von Leben. Mit einer Aussage zum Nahost-Konflikt bei einem Teach-In 2006 in Berkeley, die islamistischen Terrororganisationen Hamas und Hizbollah seien »progressiv« und »links«, hat sich Butler scharfe Kritik eingehandelt. Aufmerksamkeit erregte die Theoretikerin und Aktivistin jüngst auch damit, dass sie den »Preis für Zivilcourage« ablehnte, der ihr anlässlich des diesjährigen CSD in Berlin verliehen werden sollte. Butler nahm die Ehrung nicht an, da sich der CSD nicht genügend von Rassismus distanzieren sollte. Butler ist Professorin für Rhetorik und vergleichende Literaturwissenschaft an der Universität in Berkeley. Das Interview wurde per E-Mail geführt.**

Sie gelten als Begründerin der Gender Studies und sind eine wichtige Vertreterin der poststrukturalistischen Theorie. Auch in der deutschen Linken hat ihre Stimme Gewicht. In letzter Zeit haben Sie oft über den War on Terror und die Politik Israels gesprochen. Warum sind Ihnen diese Themen wichtig?

Ob ich die Begründerin der Gender Studies bin, weiß ich nicht. Es gibt eine ganze Reihe von Menschen, die sich schon vorher mit dem Thema Gender beschäftigt haben, beispielsweise Gayle Rubin und einige AnthropologInnen. Ich habe vielleicht gemeinsam mit anderen dazu beigetragen, Gender als wichtige Kategorie zu etablieren. Aber ich habe auch mit AkademikerInnen und AktivistInnen gearbeitet, als »Queer« der Begriff wurde, um Politik mit akademischer Forschung zu verbinden, zu Beginn der Aids-Krise.

Während der Aids-Krise (die übrigens andauert, vor allem auf dem afrikanischen Kontinent) habe ich über den Skandal geschrieben, dass Homosexuelle ums Leben kommen, ohne dass explizit und öffentlich um sie getrauert wird. Es war, als hätte es ihr Leben nie gegeben und als wäre es kein wirklicher Verlust. Diese Situation hat sich geändert, doch am Anfang gab es sehr wenig öffentliche Beachtung für diesen Verlust und ich war der Meinung, dass sich Homophobie darin ausdrückt, dass man Schwule und Lesben als »unbetrauerbares Leben« ansieht. Nach dem 11. September 2001 hat die USA öffentlich sehr stark um ihre Toten getrauert, anders als um die Opfer amerikanischer Militäreinsätze im Ausland. Ich wollte verstehen, wie die Bevölkerung

durch die Unterscheidung in betrauerbares und unbetrauerbares Leben organisiert wird. Damals wie heute war es außerdem notwendig, dass amerikanische Intellektuelle den Rassismus in den USA und die rassistischen Begründungen des Krieges in Afghanistan und Irak kritisieren. Ich habe einen jüdischen Familienhintergrund. Viele meiner Verwandten wurden während des Genozids durch die Nazis umgebracht, der sich auch gegen Sinti/Roma, Homosexuelle, KommunistInnen, Behinderte und WiderstandskämpferInnen richtete. Vielleicht war ich deswegen mein ganzes Leben lang interessiert an Widerstandskoalitionen und dem Kampf gegen die Gewalt des Staats. Ich bin Teil einer wachsenden Gruppe der jüdischen Linken, die den illegitimen Einsatz staatlicher Gewalt durch Israel kritisiert und darauf insistiert, dass Israel nicht alle Juden und Jüdinnen und auch nicht alle jüdischen Werte repräsentiert. Ich weiß, dass man das in Deutschland nicht gern hört, und dafür gibt es gute Gründe. Aber ich habe die Hoffnung, dass die deutsche Linke weiterhin Antisemitismus und andere Formen des Rassismus bekämpft und dass sie sich mit der jüdischen Linken zusammenschließt. Wir sind keine selbsthassenden Juden oder Jüdinnen, wenn wir Israel kritisieren. Für einige von uns ist die Kritik Israels vielmehr ein Weg, jüdische Werte wie Gerechtigkeit, ein friedliches Zusammenleben und soziale Gleichheit zu bewahren.

Außerdem gibt es nicht »die eine« Kritik. Einige Leute kritisieren die Siedlungen, andere sind lediglich gegen die Politik in Gaza. Andere wiederum kritisieren die Besatzung und wieder andere die Enteignung von PalästinenserInnen 1948 und fordern Anerkennung und Kompensation. Es gibt also eine ganze Reihe von »kritischen« Positionen. Einige sind zionistisch, andere nicht. Die Vorstellung »Juden gleich Israel« beruht auf einer monolithischen Idee des Judentums selbst und vielleicht wäre der erste Schritt für eine ernsthafte Opposition gegen Antisemitismus, die Komplexität anzuerkennen, die der Geschichte und der Demografie des jüdischen Volkes eigen ist.

In ihrer Rede auf dem Berliner CSD haben Sie verschiedene Gründe für die Ablehnung des »Preises für Zivilcourage« genannt. Einer war, der CSD distanzieren sich nicht von Rassismus. Worauf haben Sie hier Bezug genommen?

Auf der einen Seite gibt es das Organisationskomitee des CSD und auf der anderen viele verschiedene Gruppen, die unter dem Banner des CSD auftreten. Außerdem gibt es Organisationen, die explizit Teil des CSD sind, der sich ja als Forum versteht, in dem verschiedene Gruppen zusammenkommen können. Zunächst wäre also zu fragen, welche Gruppen überhaupt unter dem Banner des CSD auftreten und welche nicht. Für mich wäre dann die zweite Frage: Was sind die Ansichten des Organisationskomitees und der anderen Gruppen und hat sich die CSD-Organisation auf deren Positionen positiv oder negativ bezogen?

Die Antwort auf die erste Frage ist, dass diejenigen Queer-Gruppen, die sich dem Kampf gegen Rassismus widmen oder aus Minderheiten heraus entstehen (inklusive migrantischer Gruppen), nicht Teil des CSD Berlin sind. Es gibt also einen Ausschluss. War das ihre Entscheidung, nicht unter dem CSD-Banner aufzutreten? Sind sie von den OrganisatorInnen explizit ausgeschlossen worden? Für das Problem der Diskriminierung ethnischer oder religiöser Minderheiten ist die Beantwortung der zweiten Frage allerdings noch wichtiger. Bei Gruppen wie dem schwulen Überfalltelefon Maneo oder in den öffentlichen Verlautbarungen von Jan Feddersen und Rudolf Hampel (beide gehören zum harten Kern der Berliner CSD-OrganisatorInnen) wird deutlich, dass sie den Kampf gegen Homophobie als Kampf gegen andere Minderheiten führen. Beide haben durch ihre Aussagen Minderheiten verärgert und ausgeschlossen. Und sie und ihre Gruppen, einschließlich Maneo, sind Teil des CSD.

Hampels Gruppe Maneo stellt Homophobie und homophobe Gewalt als etwas dar, das allein in Minderheitengruppen anzutreffen sei. Das bringen zumindest die politischen Aktionen,

Stellungnahmen und Berichte der Gruppe zum Ausdruck. Das ist nicht nur falsch, sondern fördert auch das Ressentiment gegen MigrantInnen. Außerdem trennt es die Diskriminierung aufgrund von Sex und Gender von der Diskriminierung von ethnischen und religiösen Minderheiten. Das ist nicht nur eine falsche Position, sondern macht die Tatsache, dass es Queers innerhalb migrantischer Communities gibt, unsichtbar.

So setzt man neue EinwandererInnen mit Homophobie gleich und übernimmt quasi die Formen institutioneller, rechter oder auch kirchlicher Homophobie. Schwule, Lesben, Transsexuelle, Queers und Bisexuelle innerhalb migrantischer Minderheiten werden auf diese Art unkenntlich gemacht. Diejenigen Queer-Gruppen, die also vom CSD ausgeschlossen werden, sind genau dieselben, deren Existenz in einigen der öffentlichen Stellungnahmen von CSD-nahen Gruppen negiert wird. Wer wie ich davon ausgeht, dass der Kampf gegen Homophobie immer mit dem Kampf gegen Rassismus verbunden sein muss, muss nicht nur Gruppen wie GLADT, ReachOut und LesMigraS aktiv einbinden. Es bedeutet auch, sich genau an diesen Gruppen zu orientieren, wie ein Kampf gegen Homophobie aussehen kann, ohne rassistische Stereotype und Politik gegen MigrantInnen zu unterstützen. Wenn das der Bewegung nicht gelingt, dann fällt sie dem Nationalismus und dem europäischen Rassismus anheim und unterstützt letztlich sogar Begründungen, die Kriege legitimieren.

Maneo erklärt auf seiner Website, dass Homophobie in allen Teilen der Gesellschaft vorkommt. Schwulenfeindliche Gewalt sehen sie »in einem Zusammenhang mit patriarchalen Strukturen, der Suche nach männlicher Identität und fehlender Sexualaufklärung«. Wie kommen Sie darauf, Maneo bzw. deren Mitarbeitern hätten erklärt, Homophobie gebe es nur bei MigrantInnen?

Ich glaube, meine Position hat weniger mit deren offiziellem Standpunkt als mit verschiedenen Bemerkungen, die Mitglieder der Organisation gemacht haben, zu tun. Mit den verschiedenen Untersuchungen, auf die sie sich beziehen, und den verschiedenen Arten, wie sie das Problem umrahmen. Jedenfalls habe ich nie gesagt, dass Maneo behauptet, Homophobie finde sich nur bei MigrantInnen. Es ist nicht so wichtig, wer was wann gesagt hat, als vielmehr zu fragen, ob Maneo die Bandbreite von Menschen, die auf der Straße, bei der Arbeit oder an der Grenze diskriminiert werden, abbildet. Wenn das der Fall wäre, würde eine Organisation, die gegen Homophobie kämpft, was absolut notwendig bleibt, gemeinsam mit anderen Gruppen in Bündnissen arbeiten, einschließlich migrantischen Gruppen, die unter Diskriminierungen und Beleidigungen leiden, und Frauengruppen. Am wichtigsten ist ein Bezugssystem, das darauf drängt, dass diese Gruppen gemeinsam für soziale Gerechtigkeit auf der Straße kämpfen müssen.

In Ihrer Rede sagten Sie, dass Homo-, Bi-, Transsexuelle und Queers dazu benutzt werden können, Krieg zu führen. Warum betonen Sie den passiven Charakter, der suggeriert, queer zu sein impliziere, friedlich und/oder antimilitaristisch eingestellt zu sein? Hat man, wenn man, homo-, bi- oder transsexuell ist, automatisch eine politische Verpflichtung?

Ja, ich glaube durchaus, dass damit eine politische Verpflichtung einhergeht. Vielleicht war es naiv von mir zu glauben, dass die Veranstalter in Berlin derselben Meinung sind. Ich habe erst vor Ort gemerkt, wie schwer es ist, dieses politische Engagement tatsächlich explizit zu machen. Ich glaube ganz sicher nicht, dass eine sexuelle Orientierung jemandem automatisch zur Militaristin oder zum Antimilitaristen macht. Weil aber Gender-Minderheiten Opfer von psychiatrischer Gewalt, alltäglichen Übergriffen, Diskriminierungen am Arbeitsplatz und Polizeibrutalität geworden sind, erscheint es sinnvoll, dass man sich einer Politik verschreibt, die sich gegen den ungerechtfertigten und illegitimen Einsatz von Gewalt ausspricht und jede Form von Gewalt als ein Unterwerfen und ein Unsichtbarmachen von Minderheiten aller Art ablehnt. In den USA, Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Belgien und den Niederlanden, um nur ein

paar Länder zu nennen, können wir den Anstieg des sogenannten Homonationalismus beobachten, also der Vorstellung, dass Freiheiten für Homosexuelle vor nicht-europäischen ImmigrantInnen geschützt werden müssten. Wenn »Homosexuellen-Rechte« zu einem Merkmal für den »fortschrittlicheren« Status europäischer Kulturen instrumentalisiert und benutzt werden, um staatliche Sicherheitsapparate auszubauen, dann ist diese Politik von einem europäischen Nationalismus und der Ausweitung sicherheitspolitischer Machtregime vereinnahmt worden. Auf dieser Basis macht man sich mit Maßnahmen gegen ImmigrantInnen und der abscheulichen Tradition, Europa rassistisch rein zu halten, gemein. Hier werden Formen kultureller Überlegenheit unterstützt, die unannehmbar sind. Wenn EuropäerInnen diese Haltung akzeptieren, dann verunmöglichen sie die Zusammenarbeit mit Queer-Gruppen aus Beirut, Kairo oder Ankara. Aber es gibt viele Formen, den Kampf gegen Gewalt und Pathologisierung zu führen. Eine globale Bewegung muss mit lokalen Gruppen arbeiten und regionale Kämpfe in Betracht ziehen, damit eine Koalition aus vielen Ländern entstehen kann. In diesem Kampf gibt es keinen Platz für Rassismus.

Aber zu sagen, dass es etwa in den USA mehr Freiheiten für Homosexuelle gibt als in Uganda, scheint zunächst nur deskriptiv. Genauso, wenn man außerdem sagt, dass die Niederlande die progressivste LGBT-Gesetzgebung haben. Diese Freiheiten für alle zu fordern – auch wenn sie unvollständig sind und es natürlich auch in den Niederlanden homophobe Gewalt gibt –, hat nichts mit kultureller Überlegenheit zu tun, sondern ist eine legitime politische Forderung. Die Kritik homophober Gesetze oder Praktiken scheint häufig als rassistisch delegitimiert zu werden, vor allem wenn islamische Staaten oder Gemeinden kritisiert werden. Können Sie das innerhalb der Queer-Bewegung auch beobachten? Wird das Label »Homonationalismus« nicht manchmal zur Diskreditierung von legitimer Kritik genutzt?

Natürlich muss es möglich sein, Homophobie innerhalb von Minderheiten zu kritisieren. Aber es ist ein Fehler zu glauben, dass Homophobie sich nur dort finden lässt, genauso wie es falsch ist, diese Gruppen zu benutzen, um von der Homophobie in der Kirche, der Universität und anderen öffentlichen Institutionen abzulenken. Das Wichtigste ist, den Minderheiten-Gruppen zu folgen, die gegen Homophobie in ihrer eigenen Community und gleichzeitig gegen den Rassismus innerhalb der Mainstream-Gay-Bewegung kämpfen. Sie sind es, die sich diesem Problem konkret widmen. Diese Doppelstrategie ist extrem wichtig. Ich glaube also nicht, dass der Vorwurf des Homonationalismus als Zensur dient. Der Homonationalismus sorgt lediglich dafür, ethnische oder religiöse Minderheiten mit aktueller Homophobie in eins zu setzen. Das ist eine Verschiebung, ja eine Lüge, und das muss kritisiert werden.

Während eines Teach-Ins zum Krieg zwischen Israel und Libanon in Berkeley haben Sie gesagt: »Es ist außerordentlich wichtig, Hamas und Hizbollah als soziale Bewegungen zu begreifen, die progressiv und links, die Teil einer globalen Linken sind.« Was macht die Hamas in Ihren Augen progressiv?

Diese schrecklich missverstandene Aussage wurde dazu benutzt, mich in Zeitungen und auf Websites zu diskreditieren. Auch einige Mitglieder des CSD haben darauf Bezug genommen, um mich zu diskreditieren, damit der Gehalt meiner Kritik ignoriert werden kann. Denn wenn ich wirklich »pro-Hamas« wäre, wäre ich als Gesellschaftskritikerin nicht mehr glaubhaft. Doch diese Kritik ist niederträchtig, sie beruht nicht auf Fakten und lässt meine öffentlich geäußerte Haltung zu diesen Themen außer Acht. Hier meine Erklärung zu diesem Zitat:

Als Antwort auf eine Frage aus dem Auditorium habe ich gesagt, dass – deskriptiv gesehen – diese Bewegungen in der Linken zu verorten sind, doch wie bei jeder Bewegung muss jeder für sich selbst entscheiden, ob er sie unterstützt oder nicht. Ich habe keine der genannten Bewegungen jemals unterstützt, und mein eigenes Engagement gegen Gewalt macht es

unmöglich, das zu tun. Man könnte viel darüber sagen, wie diese Bewegungen entstanden sind und was ihre Ziele sind. Das würde bedeuten, sie als Bewegungen gegen Kolonialismus und Imperialismus zu verstehen. Jede Analyse müsste auch die gesellschaftlichen Dimensionen und den Ort der Gewalt im Kampf dieser Gruppen mit einbeziehen. Ich selbst habe mich deutlich gegen Gewalt ausgesprochen und in meinem Buch »Raster des Krieges« für reflexive, nicht gewalttätige Formen argumentiert. Ich habe also eine Meinung dazu, wie diese Bewegungen beschrieben und analysiert werden sollten, aber ich arbeite nicht mit ihnen zusammen und habe mich niemals für diese Bewegungen ausgesprochen.

Sie betonen, Ihre Ablehnung von Gewalt mache es unmöglich, diese Bewegungen zu unterstützen. Was ist mit dem Antisemitismus dieser Gruppen? Und noch einmal: Was macht die Hamas in Ihren Augen progressiv?

Ich verstehe, dass es in Deutschland schwer ist, zwischen einer Kritik beispielsweise der israelischen Besatzung und Antisemitismus zu unterscheiden. Wenn Hamas und Hizbollah antisemitische Positionen vertreten, dann sind sie unbedingt abzulehnen. Doch man muss genau analysieren, ob in der Kritik Israels Antisemitismus im Spiel ist oder nicht. Die Vorstellung, dass jede Kritik an Israel antisemitisch ist, lehne ich ab. Ich glaube, das ist eine reflexhafte Antwort, und zwar eine, die sich der Verantwortung entzieht, die Situation tatsächlich zu beurteilen. Denn es gibt im Judentum selbst eine starke »kritische« Tradition. Der einzige Grund, warum ich glaube, dass, deskriptiv gesehen, diese Gruppen unter die Kategorie »links« gehören, ist, weil sie gegen Kolonialismus und Imperialismus kämpfen. Für Hugo Chávez könnte dasselbe gesagt werden, und es ist richtig, über seine Politik zu diskutieren und zu entscheiden, ob man sie unterstützt oder nicht. Im Bezug auf Hamas und Hizbollah bedeutet das, zu diskutieren, ob ein gewalttätiger Widerstand akzeptabel ist, und ich selbst habe mich entschieden, gewaltlosen Widerstand zu unterstützen.

In einigen islamischen Ländern steht auf Homosexualität die Todesstrafe und Frauen sind qua Gesetz niedriger gestellt als Männer. Sollte ein feministischer oder queerer Ansatz sich nicht gegen misogynie und homophobe Praktiken wenden, und zwar weltweit?

Natürlich muss eine feministische oder queere Bewegung das tun. Es ist aber entscheidend, dass man sich mit Gruppen verbindet, die in verschiedenen Ländern und Regionen arbeiten, damit man die beste Möglichkeit findet, diesen Kampf voranzutreiben. Und man sollte nicht einem rassistischen oder stereotypen Denken verfallen. Sie haben »islamische Länder« erwähnt. Ich würde zunächst zurückfragen, ob es nicht enorme Unterschiede gibt, beispielsweise zwischen dem Iran und Ägypten, und ob wir nicht differenzieren sollten zwischen Ländern mit einer großen muslimischen Gemeinde und denen, die ausschließlich durch das islamische Gesetz regiert werden. Selbst bei letztgenannten gibt es Unterschiede, da es islamische Gesetzgebungen gibt, in denen Homosexualität nicht verboten ist, und dann wiederum andere, die sie unter solche harte Strafen stellen, wie Sie es erwähnen. Ich möchte, dass wir mit diesen Unterscheidungen sorgsam umgehen, aber dass wir auch herausfinden, welche queeren arabischen und muslimischen Gruppen sich diesem Thema widmen. Ich mache mir auch Sorgen darum, dass, wenn der Islam zum Gegner in einem globalen Kampf gegen Homophobie wird, wir von anderen Orten der Gewalt und der Pathologisierung absehen. So gibt es etwa auch in den USA Morde an queeren Jugendlichen, und manchmal werden diese Taten von der Polizei und den Gerichten nicht ernst genommen. In Lateinamerika gibt es Versuche, die Straßen für transsexuelle Menschen sicher zu machen und ein Ende der Polizeigewalt zu erreichen. Ich glaube, dass wir all diese Kämpfe im Hinterkopf behalten und mit diesen vor Ort agierenden Gruppen zusammenarbeiten sollten. EuropäerInnen könnten sich der Homophobie in der katholischen Kirche und in anderen Konfessionen widmen. Es gibt viele Orte, an denen es sich

zu kämpfen lohnt.

Innerhalb der Linken sind antisemitische Positionen keine Neuigkeit. Verstehen Sie die Kritik, dass einige Ihrer Positionen – beispielsweise hinsichtlich der Hamas – als Teil eines antisemitischen Diskurses verstanden werden können? Wie unterscheiden Sie antizionistische und antisemitische Statements? Braucht es eine Strategie gegen Antisemitismus, vor allem innerhalb der Linken?

Gegen Antisemitismus muss man immer kämpfen. Und als Teil einer neuen jüdischen Linken bin ich sehr darauf bedacht, dass immer, wenn ich kritisch über die israelische Politik oder auch die Geschichte des Zionismus spreche, ich auch klar mache, dass ich absolut gegen jeden Antisemitismus bin. Ich würde mit keiner Gruppe zusammenarbeiten, die antisemitisch ist. Für mich ist das eine absolut notwendige Vorbedingung für jede Art der Koalition. Natürlich sind diejenigen, die Israel kritisieren, manchmal antisemitisch, und das zeigt sich darin, wie sie über Juden und Jüdinnen sprechen. Dem muss entgegengetreten werden. Doch nicht jede Kritik an Israel ist antisemitisch, denn die Geschichte Israels schließt eine große Reihe jüdischer KritikerInnen ein. Arendt, Magnes und Buber, alle von ihnen haben die politischen Umstände der Gründung Israels und die Enteignung der PalästinenserInnen kritisiert. Ungefähr 40 Prozent aller amerikanischen Juden und Jüdinnen haben eine kritische Sicht auf Israel, und es gibt Hunderte von jüdischen Friedensgruppen, die hart daran arbeiten, eine andere jüdische Stimme und jüdische Werte hörbar zu machen. Nur wenn man die Ansicht teilt, dass Israel berechtigterweise das jüdische Volk repräsentiert, kann jede Kritik an Israel eine Kritik an Juden und Jüdinnen sein. Das stimmt einfach nicht. Und noch einmal: Diese Position negiert die lebendige Tradition der jüdischen Linken, die jede Kolonisierung, jede staatliche Gewalt und militärische Angriffe auf ZivilistInnen ablehnt. Wir in der jüdischen Linken bekämpfen Antisemitismus und die israelische Staatsgewalt. Wenn Deutsche mit Juden und Jüdinnen zusammenarbeiten, dann können sie sicherlich akzeptieren, dass das Judentum sehr vielschichtig ist, und dann entscheiden, mit welcher jüdischen politischen Organisation sie zusammenarbeiten wollen. Der israelische Staat ist nur eine von ihnen, und Dissens ist seit langer Zeit ein wichtiger Teil der jüdischen religiösen und politischen Tradition. Warum verbindet sich die deutsche Linke nicht mit der radikal-demokratischen Tradition innerhalb des jüdischen politischen Denkens?

Eine Aussage Ihrer Sprechakt-Theorie ist, dass jede Äußerung Teil eines Diskurses ist. Haben Sie Strategien entwickelt, damit Ihre Äußerungen nicht Teil eines antisemitischen Diskurses werden?

Es ist sehr schwer, jemanden daran zu hindern, deine Worte in einer Art und Weise zu verwenden, die nicht deiner Intention entspricht und die gegen deine wichtigsten Werte verstoßen. Ich habe mich auch gefragt, ob die Verwendung meiner gekürzten Bemerkungen über Hamas und Hizbollah nicht selbst eine Art antisemitischer Angriff war. Ich spüre in der Tat wieder meine Verletzbarkeit als Jüdin in Deutschland, wenn ich auf diese Art und Weise in den Medien diskreditiert werde. Es wäre mindestens paradox, wenn ich als queere Jüdin mich für Hizbollah und Hamas aussprechen würde, wie das in der Taz nahegelegt worden ist. Ihre Taktik, in der meine Aussagen verzerrt worden sind, hat mein Jüdin-Sein negiert und mich als eine selbsthassende Jüdin dargestellt, und in diesem Sinne wurde mir Gewalt angetan. Es ist ein großer Schritt von der Aussage »Judith Butler verteidigt die Rechte migrantischer Queers und ihrer Kämpfe, einschließlich der arabischen Communities in Deutschland« zu der Überschrift »Im Bett mit der Hizbollah«. Meine tatsächliche Position, die sich in Übereinstimmung befindet mit der jüdischen Ethik, besteht darin, Gleichheit für alle Minderheiten zu fordern. Das macht mich nicht zu jemandem, der gewalttätige Politik gutheißt. Das tue ich nicht. Aber Sie haben recht, es gibt keine Möglichkeit zu verhindern, dass die eigenen Worte von Leuten aufgenommen werden,

die sie für antisemitische Zwecke benutzen. Deswegen muss jede Kritik der israelischen Politik eindeutig und unmissverständlich gegen Antisemitismus sein.

Sie sprechen auch von islamophober Diskriminierung. Wie unterscheiden Sie Islamophobie von Rassismus? Oder anders gefragt: Warum ist der Begriff Islamophobie notwendig?

Ich glaube nicht, dass ich mit diesem Gefühl der Notwendigkeit allein bin. Der Begriff zirkuliert bereits eine Weile. Möglicherweise müssen wir über Rassismus nachdenken als etwas, das wir in allen seinen Formen ablehnen. In diesem Sinne schließt Rassismus den Rassismus gegen Schwarze, Antisemitismus, antiarabischen Rassismus oder Rassismus gegen Menschen in Ostindien ein, um nur ein paar zu nennen. Wenn wir jede Form des Rassismus ablehnen wollen, dann müssen wir auch wissen, wie diese Rassismen funktionieren, und das tun sie auf sehr unterschiedliche Weise. In diesem Sinne ist das gesellschaftliche und kulturelle Funktionieren des Antisemitismus nicht dasselbe wie der Rassismus gegen Schwarze. Der Begriff »Islamophobie« versucht also die Möglichkeit zu bieten, darüber nachzudenken, wie »der Islam« zur Quelle von Angst und Panik wird, wie schnell Stereotype entstehen und zirkulieren und wie wenig dabei über den Islam und seine verschiedenen Formen jeweils gewusst wird. Es ist eine spezifische kulturelle Form der »Panik«. Es ist wichtig, dass unsere Positionen auf Wissen beruhen, und es braucht Geduld, um diese neuen Rassismen, ihre Erscheinungsformen und Verbreitung zu verstehen. Nur dann können wir sie effektiv bekämpfen, und das ist unbedingt notwendig.